

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 03.12.2018

Neues Warnsystem: Bike flash

Antrag

Ein neues Warnsystem könnte verhindern, dass LastwagenfahrerInnen beim Rechtsabbiegen parallel fahrende RadlerInnen übersehen. Die Landeshauptstadt München sollte die Einführung dieses Warnsystems „Bike flash“ überprüfen.

Begründung

Nach Erkenntnissen der Münchner Polizei passiert jeder siebte Unfall, bei dem ein/e RadlerIn zu Schaden kommt, weil ein/e rechts abbiegende/r Pkw- oder Lkw-FahrerIn, die/den in gleicher Richtung fahrende/n RadfahrerIn übersehen hat.

Die Landeshauptstadt München wird deshalb 100 Trixie-Spiegel in München in einem Pilotprojekt aufstellen, um dieser Gefahr vorzubeugen und auf ihre Wirkung hin zu untersuchen. Außerdem werden Kreuzungsbereiche, die als gefährlich bei der Polizei gemeldet wurden, auf Verbesserungsmaßnahmen untersucht. Der Oberbürgermeister wird sich beim Deutschen Städtetag und dem Bundesverkehrsministerium für die gesetzliche Förderung von Abbiege-Assistenzsystemen von LKW einsetzen. Das sind nur einige der vielfältigen Maßnahmen, die die LH München ergreift, um Unfällen vorzubeugen.

Trotzdem ist es sinnvoll, auch die Einführung dieses neuen Warnsystems „Bike flash“ zu prüfen, bei dem gelbe Warnleuchten blinken, sobald sich ein/e RadfahrerIn einer Kreuzung nähert. Dies funktioniert durch eine Wärmesensorik, die bis zu einer Entfernung von 40 Metern RadfahrerInnen oder FußgängerInnen erkennt.

gez.

Bettina Messinger
Kathrin Abele
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Gerhard Mayer

Cumali Naz
Helmut Schmid
Julia Schönfeld-Knor
Christian Vorländer

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 06.06.2019

Abbiegeassistenten

Antrag

Die Stadtverwaltung stellt den Ausrüstungsstand der städtischen LKW-Flotte mit sog. Abbiegeassistenten dar.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit dem Ziel der sofortigen, verpflichtenden Aus- und Nachrüstung von Abbiegeassistenten-Technologie bei Lastkraftwagen an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur zu wenden.

Darüberhinaus initiiert die Stadt München, gemeinsam mit der Industrie- & Handelskammer und mit der Handwerkskammer, eine Kampagne zur Aus- und Nachrüstung von LKW mit Abbiegeassistenten.

Begründung

Es gibt Abbiegeassistenten, die den sogenannten Toten Winkel auf der rechten Seite von LKWs überwachen. Mit solchen technischen Ausrüstungen können Unfälle beim Rechtsabbiegen von Lastwagen vermieden werden.

gez.

Alexander Reissl
Verena Dietl
Christian Vorländer

Bettina Messinger
Renate Kürzdörfer

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 09.10.2019

Rechtsabbiegeverbot für Lkw ohne Abbiegeassistenten – von Wien lernen

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Deutschen Städtetag, dem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer sowie beim zuständigen Bundesgesetzgeber dafür einzusetzen, die rechtlichen Voraussetzungen für ein Rechtsabbiegeverbot für Lkw ohne Abbiegeassistenten zu schaffen, falls die Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur Ausstattung aller Lkw mit Abbiegeassistenten nicht zeitnah erfolgen sollte.

Begründung

Wien plant, im nächsten Jahr ein Rechtsabbiegeverbot für Lkw ohne Abbiegeassistenten einzuführen. Die Einführung eines solchen Verbots ist auch für die Landeshauptstadt München enorm wichtig, sofern die von Oberbürgermeister Dieter Reiter sowie der SPD-Stadtratsfraktion bereits mehrmals geforderte umgehende Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur Ausstattung aller Lkw mit Abbiegeassistenten in absehbarer Zeit nicht kommt.

Die Straßenverkehrsregelungen werden vom Bund festgelegt. Die Neuregelung in der Stadt Wien wird möglich aufgrund einer Novelle der österreichischen StVO. Auch für Deutschland würde es einer entsprechenden Änderung der StVO bedürfen, da es aktuell keine entsprechende Rechtsgrundlage dafür gibt. Ein Rechtsabbiegeverbot könnte ohne europarechtliche Dimension und Einbeziehung der EU auf nationaler Ebene sofort gesetzlich ermöglicht werden.

Daher bitten wir den Oberbürgermeister, sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um eine solche Grundlage zu schaffen und die Einführung eines Rechtsabbiegebotes auch in München zu ermöglichen.

gez.

Christian Vorländer
Cumali Naz
Gerhard Mayer
Marian Offman

Horst Lischka
Helmut Schmid
Renate Kürzdörfer
Kathrin Abele

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 12.08.2020

Umsetzung der Vision Zero in München – Erfassung, Überprüfung und gegebenenfalls Rückbau freilaufender Rechtsabbieger

Antrag

Das Kreisverwaltungsreferat wird in Zusammenarbeit mit dem Baureferat gebeten, schnellstmöglich ein Konzept zur Erfassung, Überprüfung und gegebenenfalls zum Rückbau sogenannter freilaufender Rechtsabbieger zu erstellen. Dabei sollen auch weitere kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an diesen Kreuzungen geprüft werden. Ziel ist es, die Sicherheit für zu Fuß Gehende und Radfahrende an diesen Knotenpunkten im ganzen Stadtgebiet nach der Maxime „Vision Zero“ deutlich zu erhöhen.

Hierbei sind folgende Stufen zu berücksichtigen:

1. Auflistung aller freilaufenden Rechtsabbieger
2. Priorisierung der freilaufenden Rechtsabbieger auf Grund von Unfallschwerpunkten
3. Erarbeitung und Umsetzung eines Maßnahmenpaketes mit schnellen Verbesserungen (z.B. durch Stoppschild mit Haltelinie) sowie dem Umbau der Knotenpunkte und Rückbau der freilaufenden Rechtsabbieger

Als Pilotprojekte sollen schnellstmöglich die Kreuzungen Wintrichring / Dachauer Straße, Kapuzinerplatz sowie Fürstenrieder Straße / Ammerseestraße herangezogen werden. An diesen Knotenpunkten können kurzfristige Maßnahmen schnell umgesetzt werden und diese somit beispielgebend für andere Kreuzungen sein.

Begründung

Der Münchner Stadtrat hat 2018 ein Verkehrskonzept mit der Maxime „Vision Zero“, also das erklärte Ziel von null Verkehrstoten und Schwerverletzten, verabschiedet. Doch nach wie vor kommt es an Kreuzungen zu schweren Rechtsabbiegeunfällen durch Autofahrende mit Todesfolge für Radfahrende und zu Fuß Gehende. Gerade freilaufende Rechtsabbieger an ansonsten signalisierten Knoten können hierbei zur Gefahrenstelle werden. Leider hat dies erst vor kurzem der Tod einer 84-jährigen Radfahrerin an der Kreuzung Wintrichring, Höhe Dachauerstraße erschütternd in Erinnerung gerufen

Der Rat der Stadt Köln hat 2018 eine Überprüfung, Überplanung und gegebenenfalls den Umbau aller in Köln vorhandenen freilaufenden Rechtsabbieger beschlossen. Hierbei wurden zuerst alle Knotenpunkte mit mindestens einem freilaufenden Rechtsabbieger durch die Verwaltung zusammengestellt und bewertet. Dann eine Machbarkeitsstudie zur detaillierten Prüfung auf Beseitigung der Gefahrenstellen anhand von ca. 40 beispielhaft ausgewählten freilaufenden Rechtsabbiegern erstellt. Hierbei wurden auch die Polizei sowie zivilgesellschaftliche Akteure wie der ADAC und ADFC mit eingebunden. Die dritte Arbeitsebene beinhaltet die direkte Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und Planung für acht Knotenpunkte.

Ein solch umfassendes, konzentriertes und gestaffeltes Vorgehen halten wir auch für München für sinnvoll und fordern eine zeitnahe Umsetzung. Hierbei ist die Maxime der Straßenverkehrsordnung zu berücksichtigen, dass Sicherheit vor Leichtigkeit bzw. Verkehrsleistung für den motorisierten Individualverkehr geht.

SPD/Volt Fraktion

Andreas Schuster
Nikolaus Gradl
Anne Hübner
Christian Müller
Christian Vorländer

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Gudrun Lux
Paul Bickelbacher
Mona Fuchs
Sofie Langmeier
Florian Schönemann
Christian Smolka
Sibylle Stöhr

Fraktion ÖDP / FW

Sonja Haider

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

08.10.2020

Antrag

„Für Rücksicht – gegen Rasen, Rüpeln und Rempeln“ München ruft eine Kampagne ins Leben für sicheres Radeln

Die Landeshauptstadt München ruft eine Kampagne für sicheres und rücksichtsvolles Radeln ins Leben ähnlich wie die Aktion „Sichere Wiesn für Mädchen und Frauen“. Die Kampagne soll von einem online-Angebot und/oder einer App begleitet werden und auf unterhaltsame Weise informieren über Verkehrsregeln und -sicherheit und zu regelkonformem, rücksichtsvollem Verhalten aufrufen.

Begründung:

Zwar ist die Zahl der Fahrradunfälle in München im vergangenen Jahr leicht rückläufig (3.161 im Jahr 2019), erschreckend ist aber, dass bei über der Hälfte der Unfälle die Radler selbst die Hauptschuld trugen. Die Hauptgründe sind Missachtung der Vorfahrt, Geisterradeln, Ignorieren von roten Ampeln und Fahren unter Alkoholeinfluss.¹

Angesichts dieser Daten ist es dringend nötig, mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die (Selbst-) Gefährdung zu schaffen, die durch Missachtung der Verkehrsregeln durch Radfahrer entsteht.

Die Kampagne „Gscheid radeln – aufeinander achten“ von Polizeipräsidium und Landeshauptstadt hat 2018 schon einmal einen Vorstoß in diese Richtung versucht, ist aber sang- und klanglos verschwunden, große Erfolge waren ihr wohl nicht beschieden. Auch damals wurde bereits konstatiert, *„mehr als die Hälfte aller Radfahrerunfälle (55,5%) wurden durch Radfahrer (mit)ver-ursacht. Die vorschriftswidrige Straßennutzung ist hierbei die häufigste Unfallursache. Hierunter fällt neben dem verbotswidrigen Fahren auf dem Gehwege auch das Fahren auf dem Radweg entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung als sogenannte „Geisterradler“. Ebenfalls könnten viele Unfälle vermieden werden, wenn die Radfahrer die Vorfahrt bzw. den Vorrang anderer Verkehrsteilnehmer beachten würden. Gleiches gilt für das Rotlicht an Kreuzungen und Einmündungen.“*²

Auch das Münchner Polizeipräsidium mahnt, dass alleine durch Kontrollen und Überwachung nicht für mehr Sicherheit gesorgt werden kann und plädiert für mehr gegenseitige Rücksichtnahme.

¹ Verkehrsbericht der Münchner Polizei für 2019:
https://www.polizei.bayern.de/content/1/5/6/5/verkehrsbericht_2019_internet.pdf

² <https://www.muenchnerschaufenster.de/gscheid-radln-aufeinander-achten-2018/>

Momentan ist die Verkehrspolitik der Stadtratsmehrheit und auch der öffentlich verlautbare Mainstream einseitig darauf ausgerichtet, „strukturelle“ Gefahren zu beseitigen, d.h. es wird versucht, mit aufwendigen und kostenintensiven Infrastruktur-Maßnahmen Fahrfehler und Regelverstöße auszugleichen, so dass trotzdem keine Unfälle passieren. Was bisher komplett außen vor bleibt, ist ein Appell an die Eigenverantwortung der Verkehrsteilnehmer und an gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis für andere.

Stadträte: **Prof. Dr. Jörg Hoffmann** (Fraktionsvorsitzender)
Gabriele Neff (stellv. Fraktionsvorsitzende)
Fritz Roth
Richard Progl



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 15.10.2020

Stadtratshearing „Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – von anderen Städten lernen“

Antrag

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, ein Stadtratshearing „Verbesserung der Sicherheit im Rad- und Fußverkehr an Kreuzungen, Querungen und Einmündungen“ durchzuführen. Einzuladen sind dabei deutschland- und europaweit Kommunen und Expert*innen, die diesbezüglich wegweisende und innovative Konzepte bereits umgesetzt haben oder gerade auf den Weg bringen.

Die Ergebnisse und Impulse dieses Hearings sollen in die Arbeit des Mobilitätsausschusses einfließen, Anregungen liefern und in gemeinsam mit der Verwaltung entwickelte Vorlagen münden, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen und Radler*innen zu erhöhen und den Forderungen des Radentscheids zu entsprechen.

Auf der Agenda des Hearings sollen insbesondere folgende Themen stehen:

- Gestaltungsmöglichkeiten für Kreuzungen
- Gestaltungsmöglichkeiten für sichere Querungen von Straßen unterschiedlichster Breite und unterschiedlicher Anzahl von Spuren für den MIV
- Gestaltungsmöglichkeiten für Einmündungen von Querstraßen sowie Ein- und Ausfahrten
- Maßnahmen zur Vermeidung von Unfällen durch rechtsabbiegende PKWs und LKWs

Begründung

Im Jahr 2018 hat der Münchner Stadtrat die „Vision Zero“ – das Vorhaben von null Verkehrstoten in München – verabschiedet. Im Jahr 2019 hat der Stadtrat die beiden Bürgerbegehren Altstadt-Radring und Radentscheid übernommen.

Beide Beschlüsse machen umfassende verkehrliche Maßnahmen notwendig sowie eine neue Aufteilung des öffentlichen Raums und der Verkehrsflächen. Dabei müssen neue Wege bei der Verkehrsplanung beschritten und Modelle realisiert werden, die wir so in München noch nicht haben. Damit das bestmöglich gelingt, wollen wir unsere eigene Expertise einbringen und zugleich von anderen Kommunen lernen, Anregungen erhalten und mit renommierten Expert*innen diskutieren. Für die oben genannten Bedarfe gibt es keine Patentlösung, sondern es gilt für jede Örtlichkeit die bestmögliche Lösung zu finden.



Wie weit wir vom Ziel der Vision Zero entfernt sind und welch weiten Weg wir hier noch vor uns haben, zeigt ein Blick in den Polizeibericht 2019 für die LHM: Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sind von Verkehrsunfällen überdurchschnittlich häufig und folgenschwer betroffen: sie machen 63,7% der Schwerverletzten und 61,9% der Getöteten aus.

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste

Christian Smolka
Sofie Langmeier
Paul Bickelbacher
Gudrun Lux
Mona Fuchs
Florian Schönemann
Sibylle Stöhr

SPD/Volt-Fraktion

Nikolaus Gradl
Andreas Schuster
Simone Burger
Christian Müller
Roland Hefter
Felix Sproll

ÖDP

Sonja Haider

09.11.2020

ANTRAG**Rückbau der freilaufenden Rechtsabbieger am Kapuzinerplatz**

**Der Bezirksausschuss 2 möge beschließen:
Um die Sicherheit von Fußgänger*innen sowie Rad fahrenden zu erhöhen, außerdem eine teilweise Entsiegelung von Verkehrsflächen zu ermöglichen, werden die beiden Rechtsabbieger an der nordwestlichen sowie der südöstlichen Ecke des Kapuzinerplatzes komplett oder auch in mehreren Schritten zurückgebaut.**

Begründung:

Mit dem zunehmendem Rad und Fußverkehr in unserem Viertel, sowie einer stetig steigenden Versiegelung des innerstädtischen Raumes, sind freilaufende Rechtsabbieger nicht mehr zeitgemäß.

Anstatt den Verkehr an der Kreuzung zu verlangsamen, schaffen sie Gefahrenstellen an ungesicherten Übergängen für Rad fahrende und zu Fuß gehende und beschleunigen den Abbiegevorgang der rechts abbiegenden PKW. Mit dem Rückbau ist der rechts abbiegende Verkehr an der Kreuzung weiterhin möglich. Die frei werdende Fläche wird durch Begrünung und Entsiegelung die Aufenthaltsqualität und das Klima des Platzes verbessern. Die wegfallenden Parkplätze können durch Umwandlung von Mischparkplätzen in Anwohnerparkplätzen in den umliegenden Straßen kompensiert werden.

Den nordwestlichen Rechtsabbieger könnte man zu einem Aufenthaltsort der Anwohner*innen umgestalten, mit Bänken und Pflanztrögen.

Der südöstlichen Bereich vor dem Arbeitsamt ohne direkte Anwohnerschaft könnte komplett entsiegelt werden und , je nach Beschaffenheit des Untergrundes, mit mehreren zusätzlichen Bäumen bepflanzt werden.

Initiatorin

Claudia Lowitz

Fraktion Die Grünen / Rosa ListeFraktionssprecher*innen:

Meike Thyssen (0177-8648265), Arne Brach (0176-200798461)

Mitglieder: Stephan Alof, Paul Bickelbacher, Benoît Blaser, Beppo Brem, Victoria von Groddeck, Andreas Klose, Claudia Lowitz, Florian Petrich, Hannelore Rohrbach, Helga Solfrank, Iris Wagner



09.11.2020

ANTRAG**Rückbau des freilaufenden Rechtsabbiegers am Bavariaring 4-9**

**Der Bezirksausschuss 2 möge beschließen:
Um die Sicherheit von Fußgänger*innen sowie Rad fahrenden zu erhöhen, außerdem eine teilweise Entsiegelung von Verkehrsflächen zu ermöglichen, wird der freilaufende Rechtsabbieger am Bavariaring 4-9, komplett oder auch in mehreren Schritten zurückgebaut.**

Begründung:

Mit dem zunehmendem Rad und Fußverkehr in unserem Viertel, sowie einer stetig steigenden Versiegelung des innerstädtischen Raumes, sind freilaufende Rechtsabbieger nicht mehr zeitgemäß.

Anstatt den Verkehr an der Kreuzung zu verlangsamen, schaffen sie Gefahrenstellen an ungesicherten Übergängen für Rad fahrende und zu Fuß gehende und beschleunigen den Abbiegevorgang der rechts abbiegenden PKW. Mit dem Rückbau ist der rechts abbiegende Verkehr an der Kreuzung weiterhin möglich. Die frei werdende Fläche wird durch Begrünung und Entsiegelung die Aufenthaltsqualität und das Klima des Platzes verbessern. Die bis jetzt auf einer Verkehrsinsel liegende Gastronomie sowie die Freifläche im Umgriff ist dann gefahrlos vom Gehweg aus zu erreichen.

Die wegfallenden Parkplätze könnten durch Umwandlung von Mischparkplätzen in Anwohnerparkplätze in den umliegenden Straßen kompensiert werden. In Absprache mit der Verwaltung ließe sich auch ein mehrstufiges Konzept entwickeln, bei dem zunächst mit Hilfe von Pollern oder Pflanztrögen die Einfahrt von PKW in den Rechtsabbieger verhindert wird. Im zweiten Schritt könnte dann der endgültige Rückbau mit teilweise Entsiegelung und Begrünung vollzogen werden.

Initiatorin

Claudia Lowitz

Fraktion Die Grünen / Rosa ListeFraktionssprecher*innen:

Meike Thyssen (0177-8648265), Arne Brach (0176-200798461)

Mitglieder: Stephan Alof, Paul Bickelbacher, Benoît Blaser, Beppo Brem, Victoria von Groddeck, Andreas Klose, Claudia Lowitz, Florian Petrich, Hannelore Rohrbach, Helga Solfrank, Iris Wagner

